

Maßnahmen

Organ der Marxisten-Internationalisten Oesterreichs

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN

Nr. 16

NOVEMBER 1933

5. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlungen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90.

16 Jahre nach der Oktoberrevolution

In diesen Tagen furchtbarer Not und qualvollster Unterjochung des deutschen Proletariats wenden sich die Blicke Millionen deutscher Arbeiter — und mit ihnen das Proletariat ganz Mitteleuropas, das in schwerstem Verteidigungskampfe steht — nach dem Osten, nach dem unermeßlich großen Reich, wo vor sechzehn Jahren die erste siegreiche Revolution des Proletariats stattfand.

Viele von den besten Revolutionären, tausende Arbeiter in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Faschismus hoffen voll gläubiger Zuversicht darauf, daß die Rettung früher oder später doch von Moskau kommen wird, die einen erwarten sie von den Bajonetten der Roten Armee, andere von der Ueberlegenheit der sozialistischen Produktion über die kapitalistische. So warten sie, mit zusammengebissenen Zähnen, und erfüllen ihre Pflicht, überall, wo immer sie stehen: im illegalen Zirkel, im Gefängnis, in der Emigration. Nicht nur revolutionäre Arbeiter! In dem letzten halben Jahr, in den Tagen der tiefsten Erniedrigung der deutschen Sozialdemokratie, da haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern zahlreiche Arbeiter aus dem Lager des Reformismus die 2. Internationale aufgegeben und sich an die Seite jener revolutionären Arbeiter gestellt, die das Heil von Moskau erwarten. Dies gilt in besonderem Maße von den Arbeitern, die in England der Unabhängigen Arbeiterpartei folgen.

Zur gleichen Zeit aber sind in den Reihen der fortgeschrittenen Arbeiter, die nicht erst seit gestern, sondern seit einem Jahrzehnt und länger der Oktoberrevolution die Treue bewahrt, die Zweifel an der revolutionären Mission Moskaus wach geworden. Wo war denn die mächtige Kraft der USSR in den blutigen März-Tagen, als in Deutschland die legale deutsche Arbeiterbewegung in einem Meer von Blut versank? Wo blieb denn die vielgerühmte Solidarität der USSR, als die Arbeiter in den Hafenstädten Europas verzweifelte Demonstrationsversuche gegen die Hakenkreuzbanner auf den deutschen Schiffen unternahm? Ständen die Räder der mächtigen Industriegiganten in der USSR einen Augenblick still, dröhnte der schrille Ruf der Fabriksirenen, um die russischen Arbeiter von der Drehbank, vom laufenden Band weg auf die Straße zu rufen, zur mächtigen Solidaritätsdemonstration mit dem deutschen Proletariat, zur Warnung an die faschistischen Henker in Deutschland?

Auf fünf Sechsteln des Erdkreises, die sich in der Gewalt des Kapitalismus befinden, zückte das internationale Proletariat unter den Schlägen zusammen, die seine deutschen Brüder trafen, ertönte — oft vergeblich — der Ruf nach Solidarität. Aber auf dem sechsten Sechstel der Erde, dort, wo die Oktoberrevolution hinweggebraust war, blieb alles stumm und still.

Diese düstere, drückende Stille im Sowjetreich hat in den Reihen des internationalen Proletariats nicht nur Zweifel, nein weit mehr: tiefe Erbitterung und Enttäuschung hervorgerufen. Ist denn das Werk des Oktobers überhaupt noch vorhanden? Hat nicht die mächtige Bürokratie, die das Land verwaltet, den Oktober längst liquidiert, ist sie nicht selbst zu einer neuen, unterdrückenden Klasse geworden, gegen die eine neue Revolution organisiert werden muß?

Wir kennen die Fragen sehr wohl. Aber als sie einst das erste Mal erklangen, da waren es kleine Gruppen romantischer Revolutionäre, die sie stellten. So fragten die ultralinken Teile des Spartakusbundes — von denen sich die deutschen Kommunisten im Oktober 1919 auf dem Parteitag in Heidelberg trennten — als in Rußland die Nep 1921 eingeführt wurde. So fragten in Rußland selbst die halbsozialistischen Kreise der Arbeiteropposition von 1920/21, die Ujaskinow folgten; und als in Rußland die Parteikrise offen zum Ausbruch kam, als in der russischen Partei der gesamte linke Flügel von Trotzky bis Saporonow und Smirnow ausgeschlossen und in Verbannung oder Kerker getrieben wurde, da waren es viele gute

revolutionäre Elemente, die die gleichen Fragen stellten, in Rußland die Saporonowgruppe, in Deutschland Urbahn und Genossen und in Frankreich neben Syndikalisten die Kreise der revolutionären Intelligenz um Suvarine. Die großen, die ausschlaggebenden Teile des internationalen Proletariats wurden aber in der damaligen Zeit — sowohl in der Periode der Nep, als auch in der russischen Parteikrise — von diesen Fragen nicht berührt. Entweder sie folgten ohne Zweifel Moskau oder — und das gilt von den entwickeltsten Teilen — sie anerkannten die Richtigkeit der marxistischen Kritik an der Stalinischen Politik, die aber niemals den Klassencharakter der Sowjetmacht in Zweifel zog.

Heute aber steigen die Zweifel an dem revolu-

tionen Bedürfnisse, daß Störungen im sozialistischen Aufbau, vorübergehendes Nichterfüllen der Pläne unvermeidlich sind.

Wir wollen annehmen, daß einige der offiziellen Argumente teilweise zutreffen, daß die Kriegsgefahr die Stalinführung zwingt, ihre friedlich sozialistischen Pläne abzuändern, daß ein großer Teil der jungen, eben vom Dorfe kommenden Arbeiterklasse noch keine Arbeitssziplin kennt usw.

Was aber beweist das? Eben, daß die Stalinführung bei ihren Plänen von grundlegenden Irrtümern ausgegangen ist! Nur Utopisten konnten davon absehen, daß der Weltkapitalismus herrscht, daß neue Kriege unvermeidlich sind und hoffen, in einem einzelnen Lande die klassenlose, sozialistische Gesell-

Boycott gegen das Plebiszit

Die Bedrücker des deutschen Proletariats rufen auf, am 12. Nov. in einem Plebiszit für die imperialistische Außenpolitik und in einer Abstimmung für die Liste der Nazis, für die Innenpolitik Hitlers zu stimmen.

Wären diese Wahlen geheim, es gebe nichts Selbstverständlicheres für das deutsche Proletariat, als zur Urne zu gehen und mit einem »Nein« seine Todfeindschaft gegen das dritte Reich zu demonstrieren. Aber die Wahlen sind nicht geheim, zumindest in 999 von 1000 Fällen nicht. Sollen die Proletarier in die Abstimmungslöcher gehen, vor und in denen die bewaffneten SA-Banden stehen, um die Abstimmung jener Arbeiter zu kontrollieren, die ihnen als klassenbewußt bekannt sind? Eine zwecklose, eine abenteuerliche Demonstration. Wir wissen, daß die Wahlenthaltung, der Boycott, unter normalen Verhältnissen, d. h. in der bürgerlichen Demokratie, den Einsatz auf die Passivität, auf die Zurückgebliebenen bedeutet. Unter dem Faschismus haben sich die Verhältnisse von Grund aus verändert. Jetzt sind es gerade die ehemals Passiven, die Zurückgebliebenen und Unpolitischen, die von der Konterrevolution aufgewirbelt wurden und die sich beeilen, am Volksfest

der Volksabstimmung für die Henker zu demonstrieren. Wahlenthaltung ist in den Augen der braunen Banden eine demonstrative Ablehnung ihrer Herrschaft und gewiß nicht ohne Gefahr. Aber wenn Hunderttausende, wenn Millionen das Plebiszit boykottieren, dann soll die SA versuchen, die Millionen zu verhaften.

Wenn mit »Nein« gestimmt wird, d. h. wenn es hier und dort gelingt, unbemerkt sein »Nein« abzugeben, dann wird der Faschismus sich den Luxus erlauben, mitzuteilen, daß 40 Millionen mit »Ja« und 20.000 mit »Nein« gestimmt haben. Wer wird ihn kontrollieren?

Wenn aber die proletarischen Bezirke der Wahl fern bleiben, dann mag Hitler zehnmal seine gefälschten Zahlen in den Aether trompeten, die Proleten wissen voneinander, daß sie nicht wählen waren, und sie wissen warum. Keiner, der mit »Nein« gestimmt hat, wagt es offen zu bekennen. Wer sich der Wahl enthielt, kann es sagen und jeder Arbeiter wird wissen warum.

Der Boycott des Plebiszits ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der aktivste Ausdruck der Ablehnung des 3. Reichs durch das deutsche Proletariat.

tionären Charakter der Sowjetmacht aus den Tiefen der enttäuschten Arbeiterklasse selbst auf.

Wir müssen uns ernsthaft und gründlich mit diesen Zweifeln auseinandersetzen, wir müssen den Arbeitern die Antwort suchen auf ihre Fragen, die tiefen Widersprüche erklären, die die USSR offenbart.

Stalinlegenden und Leninsche Strategie.

Wenn wir der offiziellen stalinistischen Literatur Glauben schenken, dann hat die USSR bereits die wesentlichen Grundlagen des Sozialismus sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft verwirklicht und befindet sich mitten im Prozeß des völligen Absterbens der Klassen; in wenigen Jahren — nach den offiziellen Plänen am Ende des 2. Fünfjahresplans, das ist 1937 — wird die USSR bereits die klassenlose, sozialistische Gesellschaft verwirklicht haben.

Gelegentliche Fehler werden »kritisch« beleuchtet und es wird »unwiderleglich« bewiesen, daß diese Fehler, insbesondere das Zurückbleiben gewisser Industriezweige und Landwirtschaftsdistrikte hinter den Plänen, auf zwei Faktoren zurückzuführen ist: Erstens führen die unteren Parteiorgane die richtige Politik der Parteiführung schlecht durch, zweitens sind die russischen Arbeiter von einem unbändrigen Wandertrieb erfüllt und bleiben daher nur kurze Zeit im gleichen Betrieb, so daß die Kontinuität des Produktionsprozesses ständig gestört wird, und drittens verstehen die unteren Funktionäre in der Landwirtschaft nicht richtig zu arbeiten.

Soweit die offizielle Literatur: Für den Fall derart gewaltiger Schwierigkeiten, die auf die angegebene Weise nicht erklärt werden können, besitzt die Stalinische Führung ein letztes und entscheidendes Argument: Die ungeheuer gewachsene Kriegsgefahr zwingt zu einer solchen Umgruppierung in der industriellen Produktion zwecks Deckung der militäri-

schaft aufzubauen! Es ergeht den Stalinisten so wie den Revisionisten der 90er Jahre: jene glaubten an die ewige Prosperität im Kapitalismus und verbanden damit die Hoffnung auf ein friedliches Hineinwachsen der Arbeiterklasse in den Sozialismus. Sie »vergaßen« einfach die Krisen und Kriege im Kapitalismus.

Die Stalinisten glaubten seit nahezu zehn Jahren an ein »friedliches Nebeneinanderleben« mit dem Weltkapitalismus, wie Litwinow tausendfach beteuert hat, und bauten auf dieser Voraussetzung den Plan einer nationalen sozialistischen Gesellschaft in der USSR auf.

Sie vergaßen aber nicht nur, daß der Weltkapitalismus und der von ihm beherrschte Weltmarkt ständig auf die USSR einwirken, von den Preisen, die für Sowjetprodukte gezahlt, die bei Sowjetkäufen verlangt werden bis zum Wirtschaftskrieg und zum offenen imperialistischen Ueberfall. Sie vergaßen auch, daß die Vormachtstellung des Proletariats in dem gewaltigen bäuerlichen Lande davon abhängt, daß es besser als es die Bourgeoisie vermag, die elementarsten Bedürfnisse der bäuerlichen Massen befriedigt. Ist der Sozialismus, den Stalin in der isolierten USSR verwirklichen will, eine Abstraktion, ein die Augen-Verschließen gegenüber dem Weltkapitalismus, so ist der allmächtige Arbeiterstaat nicht minder eine Abstraktion.

Die Macht, die die Oktoberrevolution verwirklicht hat, war dem historischen Staatstypus nach die proletarische Diktatur. Das besagt sehr viel, aber noch lange nicht alles. Auch die Pariser Kommune von 1871 mit all ihren kleinbürgerlichen Eierschalen, die ihr unvermeidlich anhaften mußten, war eine proletarische Diktatur, auch die Kommune von Budapest 1919, die zu einem entscheidenden Teil den liberalen, reformistischen Kräften ausgeholfen war.

Wie ungeheuer groß ist doch der Unterschied zwischen den Kommunarden von 1871, die, befangen in den bürgerlichen Eigentumsbegriffen, es nicht wagten, Hand an die Staatsbank zu legen, und den Bolschewiki von 1917, die die gesamte Produktion, Außenhandel und Transport, Grund und Boden, verstaatlichten.

Und dennoch war die Staatsmacht, die aus der Oktoberrevolution hervorging, niemals ein reiner Arbeiterstaat, wie ihn die proletarische Revolution in den industriellen Staaten verwirklichen wird, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat, wie Lenin unermüdet wiederholte, ein Staat, der auf dem Bündnis zweier Klassen, des Proletariats und der Bauernschaft (»Smytschka«) aufgebaut war. Das Proletariat besaß die Vormachtstellung, aber nicht die unumschränkte Alleinherrschaft. Es ist durchaus kein Zufall, daß die erste Periode der proletarischen Diktatur sogar ein politisches Bündnis mit einer kleinbürgerlichen Partei, die sich stark auf die Bauern stützte, den linken Sozialrevolutionären, erforderte. Die Geschichte dieses Bündnisses und seiner Sprengung durch die kleinbürgerlich-abenteuerverliche Politik der linken Sozialrevolutionäre zeigte aber, daß die Arbeiterklasse und ihre Klassenpartei in dem kleinbürgerlichen Rußland die Smytschka nur dann verwirklichen kann, wenn sie in ihrer gesamten Politik weitgehend berücksichtigt. Ein formelles politisches Bündnis mit dem Bauerntum in der Form des Bündnisses mit einer revolutionären Bauernpartei erwies sich als unmöglich, da das Bauerntum, zersplittert in Millionen Einzelwirtschaften, verstreut auf ein unermessliches Land, sozial in ständiger Differenzierung, unfähig ist, eine eigene Partei hervorzubringen.

Lenin täuschte sich keinen Augenblick darüber, daß sich hinter dem politischen Monopol der Bolschewiki nicht die unumschränkte Alleinherrschaft des Proletariats verbarg, sondern das Klassenbündnis mit dem Bauerntum.

Bei einem politischen Block zwischen zwei Parteien, die die Interessen verschiedener sozialer Schichten vertreten, läßt sich die Linie des Kompromisses sehr deutlich ablesen. Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft enthält eine Fülle solcher Beispiele. In Rußland aber vollzieht sich die Bildung des Kompromisses unterirdisch, in der Form des Einwirkens molekularer sozialer Kräfte auf die Staatsmacht, auf die herrschende proletarische Partei, die das politische Monopol besitzt.

Die revolutionäre, sozialistische Politik Lenins bestand darin, daß er den Klassenkampf in der Sowjetgesellschaft klar erkannte, daß er die Grenzen sah, die der proletarischen Klasse dem bäuerlichen Lande gesetzt sind. Die richtige Einschätzung der Kräfteverhältnisse der Klassen gestattete Lenin, dem proletarischen Klassenkampf in der Sowjetgesellschaft jene Wege zu weisen, die zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse führen, zu einer allmählichen Verschiebung zu Gunsten des Proletariats und seiner sozialistischen Perspektive.

Die Leninsche Politik war auf folgende Erkenntnisse aufgebaut: Unser Staat ist kein reiner Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat. Seine Grundlage bildet die Smytschka. Der Bruch der Smytschka bedeutet das Ende der proletarischen Vormachtstellung. Das Bauerntum wirkt dauernd auf die Staatsmacht ein; als unterirdische Ströme wirken die Kräfte des bäuerlichen Klassenkampfes auf Partei und Staatsapparat und versuchen Partei- und Staatspolitik auf ihr Gefälle zu schieben.

Das Proletariat ist zahlenmäßig schwach. Es kann nicht verhindern, daß der mächtige Staatsapparat, der einen ungeheuren Wirtschaftsapparat in sich schließt, zu einem entscheidenden Teil aus kleinbürgerlichen Elementen aufgebaut wird, die den bäuerlichen Einflüssen ständig zu erliegen drohen. Die Bürokratie ist in einem bäuerlichen Lande mit einem schwachen Proletariat solange unvermeidlich, bis sich im Prozeß der Industrialisierung ein mächtiges industrielles Proletariat entwickelt hat. Das aber erfordert eine jahrzehntelange Entwicklung.

Unter diesen Bedingungen kann das Proletariat auf dem Gebiet der Wirtschaft und Gesellschaft nicht den Sozialismus verwirklichen, sondern nur einen Staatskapitalismus unter seiner eigenen Kontrolle, den »Staatskapitalismus im proletarischen Staat«, wie Lenin ihn nannte. Neben sozialistischer Industrie und Außenhandel verbleiben und bilden sich ständig neue privatwirtschaftliche Formen, insbesondere im Handel, gemischtwirtschaftliche (Staat und Auslandskapital) in der industriellen Produktion. In der Landwirtschaft bedeutet das die Förderung des Genossenschaftswesens (Kollektiven), als die allgemeine, der bäuerlichen Individualwirtschaft überlegene, aber keineswegs sozialistische Wirtschaftsform und daneben, als Beispiel für die Kollektiven und Stützpunkt für das sozialistische Proletariat, die Sowjetwirtschaften mit ihrer sozialistischen Produktionsweise.

Der proletarische Klassenkampf muß in der widerspruchsvollen Sowjetgesellschaft darauf konzentriert werden: 1. die besonderen Klasseninteressen des Proletariats auch gegenüber dem Staatsapparat zu vertreten, der, wie wir sahen, verschiedenen Klassen einflüssen ausgesetzt ist. Die spezifische Waffe des Proletariats in diesem Kampfe ist die vom Staatsapparat unabhängige selbständige Gewerkschaft, 2. den Verselbständigungstendenzen und dem Anschwelen der Bürokratie durch die stärkste Entwicklung der Arbeiterdemokratie (Partei-, Betriebs-, Gewerkschafts- und Sowjetdemokratie) entgegenzuwirken, 3. die sozialistische Produktionsform in der Industrie

und in der Landwirtschaft maximal zu fördern, 4. im Dorf die Bourgeoisie (Kulak) zu isolieren und die arbeitenden bäuerlichen Massen in Kollektiven zusammenzuschließen und die Kollektiven mit staatlicher Unterstützung in Organe des bäuerlichen Klassenkampfes gegen das Kulakentum zu verwandeln. Selbständige Gewerkschaften — Arbeiterdemokratie — Industrialisierung — Kollektivisierung sind die 4 Grundpfeiler der heimatlichen Strategie in der Uebergangsperiode der Isolierung der proletarischen Diktatur in der USSR, in jener Periode, die durch die Nep bestimmt wird und die ihren Abschluß erst im Siege der internationalen Revolution, zumindest in einige Industriestaaten des Westens findet.

Die Stalinsche Periode

Nur von dieser Position aus ist es für den Marxismus möglich, die besonderen Erscheinungen der Stalinschen Periode, die mit dem Jahre 1923 beginnt, zu beurteilen. Unzweifelhaft leitet die Stalinsche Periode eine tiefe Krise der russischen Revolution ein, die ihren schärfsten Ausdruck in der Krise der russischen Arbeiterbewegung gefunden hat.

Inwieweit hat sich in dieser Periode das ökonomische Fundament und der politische Ueberbau der Sowjetgesellschaft verändert? In welcher Richtung bewegen sich die vorhandenen ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse?

Gehen wir von den vier Kriterien aus, von denen wir eingangs gesprochen haben und die die Grundpfeiler der Leninschen Strategie bildeten:

1. Hat sich in der Stalinschen Periode die materielle und soziale Stellung des Proletariats kraft seines Klassenkampfes in der Sowjetgesellschaft verbessert und verstärkt?

Davon kann gar keine Rede sein. Die Instrumente des proletarischen Klassenkampfes, die Gewerkschaften, sind ihrer Selbständigkeit beraubt, faktisch verstaatlicht worden. Sie sind zu durchführenden Organen der staatlichen Wirtschaftsorganisationen geworden. Es ist ein relativer — und wenn man das letzte halbe Jahrzehnt nimmt, sogar ein absoluter — Vereindungsprozeß im Proletariat sichtbar. Sein Anteil am Sozialprodukt fällt, seine Reallohn sind heute tiefer als 1923, sein Wohnraum (pro Kopf) kleiner, die sozialen Einrichtungen (kostenloser Urlaub in Arbeiteranatorien) beschränkter geworden.

2. Trotz zahlreichem Anwachsen des Proletariats ist seine politische Rolle im Staate unvergleichlich geringer, ist die soziale und politische Stellung der Bürokratie mächtiger geworden, ist ihre Unabhängigkeit vom Proletariat größer und damit ihr parasitärer Charakter stärker geworden. Die Arbeiterdemokratie im Betrieb ist durch die unumschränkte Verfügungsgewalt der Direktoren ersetzt worden. Die Gewerkschaftdemokratie durch die Selbstherrschaft der Gewerkschaftsbürokratie. Die Sowjetdemokratie durch das völlige Absterben der Sowjets, die Parteidemokratie durch die Herrschaft des Parteiapparates. Der politische Ueberbau der Sowjetgesellschaft ist im Zustand offenen Verfalls. Die Rechte des Proletariats sind von einer schmalen, verbürokratisierten Oberschicht des Proletariats, die sich mit der kleinbürgerlichen, staatlichen Bürokratie verschmolzen hat, usurpiert worden. Innerhalb der Bürokratie ist die politische Macht vom Parteiapparat auf den Parteidiktator, auf Stalin, übergegangen. Die proletarische Diktatur hat die Gestalt eines revolutionären Bonapartismus angenommen. Dieser revolutionäre Bonapartismus ist der schärfste Ausdruck der politischen Krise der Sowjetgesellschaft. Er ist das Ergebnis einer Politik, die die proletarische Klasse politisch entrechtet und die Smytschka zerstört hat. In der bürgerlichen Gesellschaft reißt der konterrevolutionäre Bonapartismus die gesamte politische Macht der Bourgeoisie in einer Periode an sich, in der die Bourgeoisie schon zu schwach ist, sich selbst zu regieren und das Proletariat noch nicht stark genug, um die politische Macht zu ergreifen. Er scheint sich über beide Klassen zu erheben und erstützt sich in hohem Maße auf diesen Schein, um die Arbeiterklasse niederzuhalten. (Das Gleiche gilt für den Faschismus, der in vielen wesentlichen Zügen mit dem hier skizzierten Bonapartismus übereinstimmt). Aber sowohl der konterrevolutionäre Bonapartismus wie der Faschismus bleiben trotz des Scheins ihrer Selbständigkeit mit beiden Füßen auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung, die sie mit aller Kraft gegen das Proletariat verteidigen.

In Rußland hat die verfallende proletarische Diktatur die Gestalt des revolutionären Bonapartismus in einer Situation angenommen, in der der Bruch der Smytschka bereits erfolgt ist, das besitzende Bauerntum aber noch nicht genügend erstarkt ist, um die proletarische Macht zu brechen, das Proletariat aber, seiner Organisationen und Klassenrechte beraubt, nicht mehr stark genug ist, sich selbst zu regieren.

Ist der konterrevolutionäre Bonapartismus Ausdruck einer tiefen Krise der bürgerlichen Gesellschaft, die er gegen das Proletariat verteidigt, so ist der revolutionäre Bonapartismus Ausdruck einer Krise der Sowjetgesellschaft, die er aber gegen die kapitalistischen Restaurationsversuche verteidigt.

3. Hat sich in der Stalinschen Periode das ökonomische Fundament der Sowjetgesellschaft weiterentwickelt? Haben sich die sozialistischen Produktionsformen entfaltet?

Hier sind wir an dem entscheidenden Punkt angelangt. Ueberblicken wir das letzte Jahrzehnt, so müssen wir eindeutig einen gewaltigen industriellen Aufschwung feststellen, der aus eigenen materiellen Mitteln, aus der inneren Akkumulation, bestritten

wurde, da sich das Auslandskapital sehr zurückhielt. In diesen ökonomischen Erfolgen versucht der Stalinismus seine politische Rechtfertigung zu finden. Gerade das Gegenteil aber ist der Fall. Unter dem Regime des revolutionären Bonapartismus bezahlt das russische Proletariat die Industrialisierung mit doppelt und dreifach größeren materiellen Opfern als unter den Bedingungen seiner Klassendemokratie. Es bezahlt die überhitzte Industrialisierung mit riesenhaften Verschleuderungen von Rohstoffen und Arbeitskraft in der Form unbrauchbarer Produkte. Es bezahlt das Zurückbleiben der Leichtindustrie mit dem Bruch der Smytschka, da die elementarsten Bedürfnisse der Bauern nach Industrieprodukten unbefriedigt blieben. Es bezahlt den Bruch der Smytschka mit Lebensmittelmangel. Und es bezahlt schließlich einen aufgeblühten parasitären Apparat, der sich letzten Endes als unfähig erweisen wird, einer ersten Machtprobe, sei es im Bürgerkrieg der Kulaken, sei es im imperialistischen Krieg, standzuhalten.

4. Hat sich die proletarische Diktatur im Dorf befestigt und ist der Kulak isoliert worden? Hat sich die Kollektivisierung entwickelt?

Der Uebergang großer Teile des russischen Dorfes zum Genossenschaftsprinzip ist erfolgt. Aber die Kollektiven wurden nicht klassenmäßig aufgebaut, von der Dorfarmut zum Mittelbauern im Kampf gegen den Kulaken, sondern als »durchgehende Kollektivisierung«, d. h. das ganze Dorf umfassend. Alle sozialen Gegensätze im Dorf sind heute in der Kollektive eingeschlossen.

Der Kulake ist in der Kollektive und er besitzt in ihr — die infolge der bürokratischen Maßnahmen und des Warenhungers feindselig dem Proletariat gegenübersteht — ein organisiertes Fundament gegen die Arbeiterklasse.

Das ist die Bilanz der Stalinschen Periode, wie sie uns sechzehn Jahre nach der Oktoberrevolution entgegentritt! In der Leninschen Periode besaß die proletarische Diktatur die Smytschka, die Arbeiterdemokratie und die Ansätze für den Aufbau einer ökonomischen und sozialen Ordnung, die zwar noch nicht sozialistisch sein konnte, aber einen proletarisch kontrollierten und beherrschten Staatskapitalismus. Die Stalinsche Periode hat die Smytschka zerschlagen, die Arbeiterdemokratie beseitigt, sie hat die ökonomischen Ansätze entwickelt, aber mit ihnen gleichzeitig die tiefsten inneren Widersprüche und Disproporzionen, die das staatskapitalistische Gefüge seiner proletarischen Leitung zu berauben und damit zu sprengen drohen. Das russische Proletariat kann seine Hoffnungen nicht darauf setzen, daß sich die verlorenen Arbeiterdemokratie dadurch wiederentwickelt, daß aus den jungen, unwissenden Arbeiterschichten, die eben vom Dorfe kamen, ein klassenbewußtes, sozialistisches Proletariat wird, das sich der bürokratischen Fesseln allmählich entledigt. Es kann nicht seine verlorenen politischen Positionen dadurch zurückerobern, daß es eine neue politische Partei bildet, die sich bald gezwungen wäre, gegen das Stalinsche Regime den Weg des Aufstandes einzuschlagen.

Es kann den Weg des Aufstandes nicht einschlagen, ohne die konterrevolutionäre Lawine auszulösen, die sich im Dorf zusammenzuballen begonnen hat.

Aus seiner tragischen Situation vermag das russische Proletariat den Ausweg nur zu finden, indem es im Produktionsprozeß seine besonderen Klasseninteressen vertritt, indem es sich im Betrieb und in der Gewerkschaft um die Lösung der Arbeiterdemokratie zusammenschließt und beharrlich und zähe den Kampf für eine tiefgehende Reform der gesamten Sowjetgesellschaft führt.

Die Bolschewiki-Leninisten in Rußland, die den linken Flügel der Partei bildeten, dürfen sich keinen Augenblick von dem alten Weg durch die Trotzky'sche Lösung der neuen Partei abdrängen lassen. Sie müssen die Traditionen des Oktobers innerhalb der Partei und Arbeiterklasse den Methoden der Stalinschen Selbstherrschaft entgegenstellen. Sie dürfen im Kampf gegen das Stalinsche Regime keinen Augenblick zögern, mit der Waffe in der Hand der Konterrevolution innen und außen entgegenzutreten.

Den endgültigen Ausweg vermag das russische Proletariat aus eigener Kraft nicht zu finden. Nur ein neuer Aufschwung der internationalen Revolution wird den gedrosselten proletarischen Kräften in der Sowjetunion erst jenen neuen stürmischen Elan geben, der die bürokratische Umklammerung durchbricht und so einen neuen Aufschwung der russischen Revolution einleitet.

Jeder Leser

unseres Blattes muß ein
Abonnent

werden.

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Struckgasse 4. Druck: »Edelholz-Druckerei (Weinm. v. Schewen)«, Wien, II., Allertonstraße 1. — Telefon R 46-4-28.

Klassenkampf unter dem Hakenkreuz

Von J. Kämpfer (Berlin).

Die Berichte über Deutschland müssen widerspruchsvoll sein. Trocken im Inhalt und nicht dramatisch in der Form, und doch tragen sie die aufwühlendsten und erschütterndsten Ereignisse der vergangenen und gegenwärtigen Geschehnisse in sich. In den Berichten kann und soll nicht in ewiger Wiederholung von der Tragödie und den Foigerscheinungen der Niederlage des Proletariats gesprochen werden, nicht von den Schreien der Gefolterten, nicht von den Klagen und dem bedauernswerten Los der in den Konzentrationslagern befindlichen Revolutionäre, nicht von dem Schmerz, der in schlimmster Not befindlichen Angehörigen. Nein, wir werden sachlich die Tatsachen feststellen und die Schlüsse aus ihnen ziehen und stillschweigend nicht einen Augenblick dabei die Qualen des deutschen Proletariats vergessen, als Ansporn für alle, ihre revolutionäre Pflicht zu tun.

I.

Jede ernsthafte Betrachtung der deutschen Lage, soweit sie sich überhaupt mit den Problemen des Klassenkampfes befaßt, kann an den Ereignissen in den deutschen Betrieben nicht vorübergehen und muß sich folgerichtig mit der gewaltigsten faschistischen Organisation, der »deutschen Arbeitsfront« befassen, die heute den größten Teil der im Betrieb stehenden Arbeiter umfaßt und eine Zeitschrift, »Das Arbeitertum«, herausgibt, die bereits im Juni eine Auflage von über 5 Millionen hatte. Heute ist die deutsche Arbeitsfront — die alle ehemaligen Gewerkschaftsorganisationen in sich aufgenommen hat — eine der zahlenmäßig stärksten Organisationen der Erde. Die Kerntruppe des Faschismus in der Arbeitsfront aber ist die NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation), welche die »Offiziere und Unteroffiziere« für die Arbeitsfront stellt. Weil die NSBO und die »Deutsche Arbeitsfront« im Mittelpunkt des Interesses der deutschen Arbeiter stehen, deshalb kann nur eine genaue Kenntnis dieser Organisationen, ihrer Zusammensetzung, ihres Innenlebens, ihres Zieles und ihres Einflusses die richtige Einschätzung der Stärke der revolutionären Kräfte ermöglichen. Der Faschismus hat bis kurz vor den Märztagen keinen nennenswerten Einfluß in den Betrieben besessen. Dann aber ist er wie eine Sturmflut gewachsen.

Im Jahre 1931 war das Stärkeverhältnis im Betrieb — gesehen an Hand der Arbeiterratswahlen — laut Statistik des ADGB folgendes:

Abgegebene Stimmen für:

| | |
|---------------------------------|--------------|
| den ADGB | 83,6 Prozent |
| die christlichen Gewerkschaften | 7,9 Prozent |
| die RGO (Kommunisten) | 3,4 Prozent |
| die Hirsch-Dunckerschen Gew. | 1,1 Prozent |
| die Faschisten (NSBO) | 0,5 Prozent |

Das war 1931, wo bei den Reichstagswahlen die Nazi über $\frac{1}{3}$ der abgegebenen Stimmen erhalten hatten. Klar erkennen wir hier, wie einflußlos sie bei den Betriebsarbeitern und wie überwältigend groß der sozialdemokratische Einfluß in den Betrieben war. Gleichzeitig erkennen wir, wie ungeheuer isoliert die KPD von den entscheidenden Arbeitermassen war.

Noch kurz vor den Reichstagswahlen fanden Betriebsratswahlen in den Städtischen Betrieben statt, mit folgendem Ergebnis:

| Gewerks. | Elektrizitäts- Werke | Hamburger Hoch- u. Straßenbahn |
|-------------|-------------------------|-----------------------------------|
| Freie Gew.: | 2952 | 5471 |
| RGO: | 1298 | 605 |
| Faschisten: | 161 | 318 |

Nach dem Einsetzen des Terrors und der Kapitulation der Gewerkschaften änderte sich das Kräfteverhältnis. So sehen wir bei den Betriebswahlen im Ruhrgebiet nach den Reichstagswahlen 1933 folgendes Bild, dem wir das Ergebnis von 1931 gegenüberstellen.

| | | |
|-----------------------|------------|------------------|
| Freie Gewerkschaften: | 29,4 Proz. | 1931: 38,8 Proz. |
| Christl. Gewerksch.: | 25,8 Proz. | 27,2 Proz. |
| RGO: | 10,3 Proz. | 25,8 Proz. |
| Faschisten: | 29,7 Proz. | 2,8 Proz. |

Hier sehen wir den Einbruch des Faschismus ins Proletariat. In den noch später stattfindenden Wahlen erzielten die Nazi fast überall die absolute Mehrheit, während die RGO überall in ein Nichts zusammenschmpfte, trotzdem sich die Nazi den Luxus geheimer Wahlen erlaubten. So verloren die Kommunisten im Leunawerk 8 Sitze von 16.

Diese Wahlen muß man sich angesichts des Geschreis der KPD-Bürokratie vor Augen halten, die da leihaupt: »Nur Kapitulant und Opportunisten können davon reden, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus geschlagen worden sei, daß sie eine »Schlacht verloren« und eine »Niederlage erlitten« habe. (Entschließung des ZK der KPD zur Lage und den nächsten Aufgaben.)

Die Städtischen Betriebe waren die ersten, die gleich in den Märztagen, teils unter dem Druck der Nazi, teils aus der Erkenntnis der Ohnmacht ihrer Gewerkschaften heraus, in die NSBO eintraten. Aber auch die Gesamtarbeiterschaft hatte nach der ersten Märzwoche ihre Gewerkschaften aufgegeben. Die Gewerkschaften haben in den Januar- und Februar- tagen in tausenden Versammlungen und durch ihre

Zeitungen versprochen, zur rechten Zeit zum Widerstand gegen den Faschismus aufzurufen. Vergebens warteten die Arbeiter. Unglaubliche Empörung bemächtigte sich ihrer über die verräterische Kapitulation der Gewerkschaftsführung, die, wie zum Hohn auf ihre früheren Versprechungen, die Arbeiter zur Beteiligung an der faschistischen 1. Mai-Demonstration aufrief. Schon vor dem 1. Mai verließen hunderttausende Arbeiter ihre bisherigen Organisationen. Jahrzehntelang hatten sie ihnen die Treue gehalten. Jetzt drang auch die faschistische Ideologie »Volksgemeinschaft statt Klassenkampf« in die Betriebe, die sich bisher gegen den faschistischen Einfluß als immun erwiesen hatten. Die NSBO wuchs. Besondere Anziehungskraft bekam sie durch die Verordnung des Faschismus, daß die Lohnsätze bis zum Herbst zu verlängern seien, durch die Absetzung von Direktoren, durch die Herabsetzung hoher Gehälter und andere Eingriffe in die Betriebe. Der 1. Mai wurde zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Nach der Übernahme der Gewerkschaften wurde ein Zwang zum Eintritt in die »Deutsche Arbeitsfront« ausgeübt. Vorher waren schon alle freigewerkschaftlichen und kommunistischen Betriebsräte abgesetzt, zum Teil verhaftet worden. Der frühere Gewerkschaftsleiter der Faschisten, die NSBO, die in der Form ein Abkatsch der RGO war, wurde zur Zelle des Faschismus in der »Deutschen Arbeitsfront«.

Die Arbeitsfront wurde als Säule des Ständestaates proklamiert und zum Ziel des Ständestaates erklärt. Der Führer der Arbeitsfront:

»Das Führertum im Betrieb muß wieder vollkommen hergestellt werden. Deshalb wird der ständische Aufbau als erstes dem Führer eines Betriebes, d. h. dem Unternehmer, die volle Führung wieder in die Hand geben. . . . Der Betriebsrat eines Werkes besteht aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern. Jedoch hat er nur beratende Stimme. Entscheiden kann allein der Unternehmer.«

Damit war die Epoche des »Betriebssozialismus« zu Ende. Der NSBO und den faschistischen Kommissionen in den Betrieben wurde bei Strafe des Konzentrationslagers verboten, irgendwelche Eingriffe in die Betriebe vorzunehmen.

Damit war die Weibkraft der NSBO und der Arbeitsfront zum Teil. Das erste Murren wurde in den Betrieben hörbar. Die Kommunisten verteilten wieder Flugblätter in den Betrieben. Das lähmende Entsetzen über den Terror ließ trotz Anhalten desselben nach. Die Zellen begannen wieder zu tagen und nach dem Mai war die KPD wieder so weit intakt, daß sie sogar enttäuschte sozialdemokratische Arbeiter anziehen konnte. Die Diskussion über die Arbeitsfront und über die Frage neuer, illegaler Gewerkschaften oder Klassenkampfplügel setzte ein. Die einsetzende Unzufriedenheit bei den Geschäftsleuten mit der faschistischen Politik, von der sie auf Grund früherer Versprechungen die Herabsetzung der drückenden Steuern und die Schließung der Warenhäuser erwarteten, trug zur politischen Belebung der Arbeiterschaft bei und diese Bewegung hat sich bis heute fortgesetzt, ohne daß man deshalb Aktionen der Arbeiter erwarten dürfte.

Zehntausende von klassenbewußten Arbeitern sind in den Betrieben und damit zwangsweise in die »Deutsche Arbeitsfront« überführt worden. Sie bilden heute den wunden Punkt in der Arbeitsfront und der Faschismus hat den Aufbau dieser Organisation unterbrochen, um den klassenbewußten Teil der Arbeiterschaft sowohl aus den Betrieben, als auch aus der Arbeitsfront auszumerzen. Die Arbeitsfront soll zu einem Mittel des Klassenkampfes gegen das Proletariat ausgebaut werden. Das ist die Entwicklung, die wir augenblicklich und in der nächsten Zeit vor uns sehen, über die die deutschen Arbeiter diskutieren und entsprechende Parolen von der Führung der politischen Organisation verlangen.

Der Faschismus hat die Liquidierung des Klassenkampfes auf seine Fahnen geschrieben. Durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sollte die ökonomische Basis für diese Liquidierung gegeben sein. Die kommende Konjunktur war seine große Hoffnung. Nichts von alledem ist eingetroffen. An die Stelle der Perspektiven des Faschismus sind getreten: 1) sinkende Konjunktur, 2) der Bankrott der Arbeitsbeschaffung und 3) der Zusammenbruch der Hoffnungen auf kapitalistische Investitionen. Der Klassenkampf triumphiert auf der ganzen Linie.

Diese Klarstellung der Fronten hat auch die Arbeiterbewegung wiederbelebt. Neben den Kommunisten haben auch die Sozialdemokraten wieder ihre Köpfe. Der zentrale Apparat der SPD ist noch nicht — im Gegensatz zur KPD — aufgebaut und wird auch wohl in der alten Form nicht wiedererstehen. Die Differenzen sind viel zu groß und der Atomisierungsprozess der SPD hatte einen viel stärkeren Umfang angenommen als bei der KPD. Dazu kommt, daß der Abstiegsprozess der SPD zwar viel später einsetzte, aber dafür auch in einem ganz anderen Tempo und einem ganz anderen Maße. Die absteigende Linie der sich zersetzenden SPD traf auf die sich bereits festigende, aufsteigende Linie der KPD. Die Differenzen in der SPD sind so stark, daß ihr Wiederauf-

bau nicht nur von einem Zentrum, sondern von mindestens zweien erfolgen wird. Davon zu sprechen, daß die Sozialdemokratie heute in Deutschland tot ist, ist übertrieben, wenn auch ihre Agitation sich mit der der KPD nicht messen kann. Sie leidet besonders unter der nichtzentralisierten Organisation. Und doch wird in den Großbetrieben der illegale, gedruckte kleine »Neue Vorwärts« vertrieben und es kommen auch Flugblätter unter die Betriebsarbeiter. Besonderes Aufsehen hat die sozialdemokratische Flugblattverteilung in den Siemens-Werken erregt.

II.

Die Marxisten-Internationalisten haben in dieser ganzen Zeit fieberhaft gearbeitet. Sie haben all diese hier geschilderten Erscheinungen aufmerksam verfolgt, an den lebendigen Prozess der Entwicklung angeknüpft und nach ihm ihre Arbeitsmethoden gerichtet. Sie haben ihre Ideen in die Partei und in die Betriebe mit großem Erfolg getragen. In jenen finsternen Tagen des März, April und Mai haben uns unzählige Arbeiter in- und außerhalb der Betriebe begeistert die Hände zur gemeinsamen Arbeit gereicht und wörtlich erklärt: »Eure Erklärung der Ursachen der Niederlage, eure Einschätzung der Situation und eure Perspektiven geben mir wieder neuen Mut zur Arbeit. Viele Genossen wurden für uns gewonnen, manche von ihnen sind von der doppelten Mühseligkeit der illegalen Arbeit abgeschreckt worden, aber viele sind geblieben und arbeiten intensiv für unsere Gruppe. Einige der Neugewonnenen sind in den Kerkern des Faschismus, neben manchen unserer besten, aktivsten Genossen.

In den Märztagen erschien — vor allem zur Selbstverständigung für unsere eigene Gruppe — der illegale »Funke«. Später ist der »Funke« dann weit über den Kreis unserer Fraktion hinaus verbreitet worden, und heute stellt er das theoretische Organ für den fortgeschrittensten Teil der Partei und aller mit uns Sympathisierenden dar. Mit den Funktionen einer KJV-Gruppe (Jugendverband) wurde eine Jugendzeitung herausgegeben. Mit den Parteigruppen, welche mit uns in enger Verbindung standen, wurde eine gemeinsame Redaktion geschaffen für eine gemeinsame Zeitung. Für die Betriebe und »Deutsche Arbeitsfront« erscheint, herausgegeben von unserer Gruppe, gleichfalls ein Blatt.

Unter größten Gefahren fanden sowohl die Redaktionssitzungen als auch der Transport der Zeitungen statt. Stets bestand die Gefahr der Hausdurchsuchung, der plötzlichen Sperrung der Straßen und der Durchsuchung nach Material durch die SA. Es war klar, daß diese Arbeit Opfer erfordern mußte; bis zum Juni war die Gruppe von Verhaftungen verschont, dann aber setzten sie in großer Zahl ein. Die Verhaftungen und die unvermeidliche Emigration haben die Reihen unserer besten Genossen etwas gelichtet. Unser bester Jugendgenosse wurde auf Grund der Verhaftung eines leitenden Mitgliedes des KJV, bei dem Funktionäradressen gefunden wurden, von der Universität weg verhaftet und gerade an dem Tage einer Redaktionssitzung. So wurde in seinen Taschen das Manuskript für unsere Jugendzeitung gefunden. Bei einem anderen Genossen, der von einem SA-Mann denunziert war, fand man einen »Funke«, und das genügte der faschistischen Polizei zur Verhaftung. Vier unserer besten Genossen, Mitglieder einer Familie, wurden an zwei hintereinanderfolgenden Tagen verhaftet, weil sie von einem früheren Mitglied der SAP als Mitglieder unserer Gruppe denunziert waren. Aber auch die finanzielle Lage unserer Organisation verschlechterte Verhaftungen, da wir oft wegen Geldmangel nicht aufs äußerste gefährdete Genossen, die der Polizei bekannt waren, in andere Städte oder ins Ausland schicken konnten. Eine Fortsetzung der Aufzählung unserer verhafteten Genossen ist an dieser Stelle zwecklos. Die durch diese Verhaftungen erzielte Schwächung der Organisation, verbunden mit der dauernden Gefährdung unserer Schreibmaschinen und Abziehapparate, zwang uns, um unsere Kader und unser Material zu erhalten, während des Juli eine Umstellung in der Herausgabe der Zeitungen vorzunehmen. Heute erscheint nur mehr der »Funke« und unser Betriebsorgan je vierzehntägig, neben Flugblättern und Informations-schreiben, die je nach Bedarf erscheinen.

Von besonderer Bedeutung ist heute unsere Arbeit im Betrieb. Die Zerschlagung der Klassenkampf-gewerkschaften, die Bildung der Arbeitsfront und das Wirken der NSBO haben bei den Betriebsarbeitern, und nicht nur bei ihnen, unzählige für sie noch nicht gelöste Fragen aufgeworfen. Die Diskussion über die Schaffung neuer illegaler Gewerkschaften, die Propagierung des Vertrauensmännersystems und des Klassenkampfplügelns in der Arbeitsfront stoßen auf Verständnis der Arbeiter. In einigen Großbetrieben haben wir mit Partei, SAP- und SPD-Genossen dieses Vertrauensmännersystem aufzubauen begonnen. Diese Gruppen konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die »deutsche Arbeitsfront« und finden die Anweisungen für ihre Arbeit, die Erklärung für die Maßnahmen des Faschismus im »Vertrauensmann«, den sie als das Organ der Vertrauensleute betrachten. Bis zum Mai dieses Jahres konnte man sagen, die Ereignisse in Deutschland sind eine unmittelbare fruchtbare Lehre vor allem für die Mitglieder der

Partei und auch für einen Teil des bürokratischen Apparates gewesen. Die Worte Lenins:

»Es gibt Zeiten, in denen die Arbeiterklasse in Stunden und Tagen mehr lernt als in normalen Zeiten in Jahren«

sahen wenigstens für einen großen Teil der Parteigenossen zuzutreffen.

In welchen Bezirken auch immer unsere Genossen mit Parteimitgliedern sprachen, überall fanden sie Zustimmung und die Auflageziffern unserer Zeitungen konnten nie so groß sein, um den Bedarf zu decken. Überall entstanden neue Gruppen, vor allem in den Arbeiterbezirken. Diese Gruppen suchten mit uns Verbindung. Die Partei schien in unzählige Einzelgruppen aufgelöst zu sein und die Möglichkeit der neuen Festigung des bürokratischen Apparates schien äußerst gering. Die Partei war in jener Zeit eine Summe von oppositionellen Zellen und Gruppen, die fast alle gegen den bürokratischen Apparat waren und die Propagierung überspitzter Lösungen wie »Politischer Generalstreik«, »Zeugschaftsversammlungen«, »Wahl von Delegationen zwecks Protest gegen die Verhaftung Thälmanns« usw., ablehnten. Ja, es kam dort, wo die Verbindung in der Partei zwischen Zellen und Unterbezirksleitung noch existierte, zur Weigerung der Verbreitung des offiziellen Materials. Dagegen haben ganze Zellen einheitlich unsere Zeitungen verkauft und unser Material vertreiben. Die Partei fühlte in diesen Monaten die Isoliertheit von den Massen, sie sah, wie hunderttausende Betriebsarbeiter zu den Nazis überliefen, von der faschistischen Ideologie versectet wurden und vor dem Terror der Nazi zurückwichen. Sie sah, wie die Partei voller Spitzel war, die ganze Unterbezirksleitungen in die SA-Keller schleppen ließen. Die oppositionellen Genossen erkannten: Wir sind geschlagen worden, unsere Führer haben uns statt in den versprochenen Sieg in die Niederlage geführt.

In den damaligen Wochen war die Gefahr einer Atomisierung der Partei groß und damit hätte der »Wiederaufbau« der Partei auf der Tagesordnung gestanden. Die Atomisierung der Partei ist nicht erfolgt, der Bürokratie ist es gelungen, die Partei wieder zusammenzuflicken, und aus diesem Grund kann man heute von einem »Neuaufbau« der Partei nicht reden. Den Prozeß von der beginnenden Atomisierung bis zum Wiederausammenflicken der Partei durch die Bürokratie zu erkennen, ist von besonderer Bedeutung für die jetzigen und zukünftigen Methoden unserer Arbeit.

Die ganze Haltung der Sozialdemokratie, die Kapitulation der Tarnow, Leipziger, der 2. Mai, der Tag der widerstandslosen Aushlieferung der Gewerkschaften und vor allem die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. Mai zu Hitlers Außenpolitik hat tausende sozialdemokratische Arbeiter zu den Kommunisten getrieben. Das war ein mächtiger Auftrieb für den Zentrismus, der die Sympathie der sozialdemokratischen Arbeiter sofort als Erfolg der richtigen Anwendung der Politik der »Generallinie« ausnutzte. Von dieser Zeit ab verflachten die oppositionellen Strömungen in der Partei.

Wie kam es, daß die revolutionären Arbeiter dadurch veranlaßt werden konnten, ihre starke Kritik einzustellen und wieder der zentralistischen Politik zu folgen?

1. Die oppositionelle Strömung war nicht zuletzt — anlässlich der Niederlage — auf das akute Hervorbrechen der schon immer latent vorhandenen Unzufriedenheit mit der Parteibürokratie zurückzuführen. Aber das Verhalten dieser Bürokratie war nicht so, wie es Trotzki 1932 in einer Broschüre ausdrückte mit den Worten: »Arbeiter, beim Sieg des Faschismus gibt es für Euch keine Reisepässe, wie für eure Führer, die sie heute schon in der Tasche haben«. Diese Einschätzung der Bürokratie war nicht dazu angetan, die oppositionellen Strömungen zu stärken. Denn das Gegenteil von dem, was Trotzki prophezeigte, hat sich als die Tatsachen entsprechend erwiesen. Wenn auch in den ersten Tagen und Wochen des grausamen, blutigen Terrors ein Teil der unteren Bürokratie zum Faschismus überlief, wie einige Polizeier der Unterbezirke, einige Betriebsräte usw., so hat doch kein Reichstags- und kein Landtagsabgeordneter vor dem Faschismus kapituliert. Wenige hohe und höchste Funktionäre sind in der ersten Zeit emigriert. Thälmann, Torgler, Ubricht, der Polizeier von Berlin-Brandenburg, Kasper, Wittfogel, Werner Hirsch und unzählige andere sind bei den deutschen Arbeitern geblieben — gerade wegen ihrer zentralistischen Politik haben sie ja den Faschismus verkannt — bis sie in die Pranken der braunen Banden fielen. Viele, selbst Mitglieder des EKKL, arbeiten oder haben bis in die letzte Zeit hinein in Deutschland gearbeitet. Sie haben die zerrissene Partei wieder illegal aufgebaut, Zeitungen gedruckt und durch ihren hervorragenden technischen Apparat fast ein Monopol in der Herausgabe des antifaschistischen Materials erlangt. Sie haben durch ihr persönliches Beispiel die Auffassung von der Feigheit und dem Verrat der Bürokratie zerstört und damit nicht nur sich selbst das Vertrauen der Parteimitglieder zurückgewonnen, sondern auch für die von ihnen vertretene zentralistische Politik. Die Genossen sehen die Partei als einzige große antifaschistische Kraft und konnten sich diese nicht ohne die Bürokratie vorstellen.

2. Die Rebellion gegen die Politik der Partei ging in den meisten aller Fälle von den Funktionären aus. Hinter ihnen standen nur relativ wenige einfache Mitglieder. Die unzufriedenen, ungeschulten Mitglieder gingen gleich zum Beginn des Terrors zum Fa-

schismus über, oder in die Indifferenz. Wie konnte es auch anders sein, bestand doch die übergroße Mehrheit der Partei aus jungen Mitgliedern, die ein, höchstens zwei Jahre in der Partei waren. Der Druck von unten auf die Funktionäre war schwach. Nicht der Druck der Mitgliedermassen von unten ließ die Funktionäre gegen die Politik der Partei ankämpfen, sondern in erster Linie die Tatsache, von den Massen isoliert zu sein. In dem Maße als die sozialdemokratischen Arbeiter sich der Partei näherten, die Bürokraten unter ihrer Führung diese Annäherung zu gemeinsamer Arbeit ausnutzten und die Sozialdemokraten mit dem Material der Partei an die Arbeit gingen, stellten die Funktionäre die praktische Arbeit über die Fragen der Diskussion der Ursachen der Niederlage. Denn die Perspektive des baldigen Sturzes des Faschismus verwickelte in der Erinnerung die erlittene Niederlage und die Annäherung der Sozialdemokraten ließ sie an dem baldigen Sieg glauben.

3. Konnte es anders sein? Hätten denn auf diese spontan entstandenen oppositionellen Strömungen in der Partei eine klare Vorstellung von den Ursachen der Niederlage, davon, wo die Fehler der »Generallinie« lagen? Durchaus nicht. Sie suchten die Fehler mehr auf organisatorischem als auf politischem Gebiet. Im Zellenmaßstab waren die nicht praktische Arbeit leistenden Bürokraten schuld, im großen gesehen, hatte ihrer Meinung nach die Partei es nicht verstanden, legale oder illegale bewaffnete antifaschistische Kampforganisationen zu schaffen. Das Fehlen jeder klaren politischen Perspektive mußte diese Oppositionsströmungen ohne das Nachstoßen der Mitgliedermassen, ohne politisches Zentrum sehr bald zum Bankrott führen.

Warum konnte aber die Linke nicht das politische Zentrum der oppositionellen Bewegung in der Partei darstellen? Warum konnte die Bürokratie das Vertrauen zurückgewinnen? Warum waren die oppo-

sitionellen Strömungen ohne politische Klarheit und Perspektive? Weil, selbst wenn wir im Augenblick die Trotzkiisten, die Brandlerianer und uns als eine in gemeinsamer Linie arbeitende Kraft annehmen und damit gleichzeitig von der Möglichkeit einer Blockbildung dieser drei Gruppen — deren Verwirklichung gar nicht gegeben war — ausgehen, die vereinigten Gruppen, rein organisatorisch gesehen, zu schwach waren, um auf die Tausende von kleinen oppositionellen Zellen und Gruppierungen Einfluß zu gewinnen. Aber zu dieser organisatorischen Schwäche der Linken Opposition, selbst im Block mit den anderen, kommt die politische Einstellung der Trotzkiisten und Brandlerianer, die ja den Block von vornherein sprengten mußte. Die einen erklärten die Partei für verloren, die anderen wollten von einer Kritik Stalins, als dem Hauptverantwortlichen der deutschen Katastrophe, ebensowenig wie von einer Kritik Sowjetrußland etwas wissen, so daß ein solcher Block mehr Verwirrung als Nutzen gestiftet hätte. Mit oder ohne Block war die Linke zu schwach. Der Prozeß der raschen Annäherung der Parteigenossen an uns ist vorüber.

Objektive und subjektive Faktoren haben uns verhindert, diesen Prozeß voll auszunutzen. Wir haben unseren Einfluß in der ersten Welle der Opposition nach den Märztagen in der Partei erweitert, wir haben unsere Kader an Hand der Erfahrungen gefestigt, wenn auch manche unserer besten Genossen in den faschistischen Kerkern sitzen, einzelne von den Faschisten ermordet wurden, so wächst auch jetzt unser Einfluß weiter. Die nächste oppositionelle Welle — die nach dem Zusammenbruch der Plüsung über den baldigen Sturz des Faschismus kommen muß — wird zeigen, daß die ersten Erfahrungen der Parteigenossen aus der Niederlage nicht ganz vergessen und unter unserer Führung der linke Flügel ideologisch erstarkt und organisatorisch gewachsen ist.

Die Henker der Kuo-Min-Tang

Aus einem Bericht der chinesischen Genossen.

Was die Kapitulation Huang Pings* anbetrifft, die die Stalinisten für eine von der Opposition erfundene Verleumdung halten, bin ich in der Lage, Euch eine von Frau Sun Yat Sen stammende Information zu geben. Diese ist, abgesehen von ihrer Verbindung mit der Liga gegen den Imperialismus und dem Antikriegskomitee von Paris, eine aufrichtige Vertreterin der proletarischen Interessen. Sie hat in China eine bedeutende Rolle in einer Organisation liberaler Demokraten, bekannt unter dem Namen Chinesische Liga für Bürgerrechte, gespielt, die sich für eine bessere Behandlung der Gefangenen des Kuomintang einsetzte.

Diese Organisation ist heute tot. Sie interessierte sich für allzuvielen Fragen, die einen proletarischen, klassenmäßigen Charakter im Laufe der Zeit erhielten und mit denen sie in Anbetracht ihrer sozialen Zusammensetzung nichts anfangen konnte. Nach der Ermordung ihres Sekretärs durch die Blauhenden, die Faschisten Chang Kai Cheks, blieb es die Mehrzahl ihrer einflußreichsten Mitglieder an der Zeit, »ehrenworter« Bürger zu werden, als sie es bisher waren.

Um auf unsere Sache zurückzukommen. Frau Sun hatte Gelegenheit, sich kurze Zeit in Nanking nach der Verhaftung Huang Pings aufzuhalten. Zu dieser Zeit war sein Schicksal noch unbekannt. Man wollte nur, daß er gefoltert worden war und daß unter seinem Namen in der Zeitung Wan Chin Wus, der »Volktribüne«, eine Denunziation erschienen war. Frau Sun beschloß nachzuforschen, was aus Huan Ping geworden war. Dank ihres Einflusses gelang es ihr, die führenden Persönlichkeiten, die Kuomintang zu überreden, ihr eine Unterredung mit Huan Ping zu gestatten. Sie wollte bezeugen, daß er nicht ermordet sei, wie das Gericht es behauptete.

Huang wurde zu ihr ins Hotel gebracht, begleitet von einem Wärter, der natürlich der Zusammenkunft beiwohnte. Nach den Worten von Frau Sun war Huang nur mehr ein Schatten seiner selbst. Von den Folterungen geschwächt, konnte er sich kaum auf den Beinen halten, sein Blick war dumpf und leblos, im ganzen ein Geschöpf, das man kaum mehr Mensch nennen konnte.

Auf die Fragen von Frau Sun gab er keine Antwort. War er gefoltert worden? (Die Frage schien überflüssig). Den Kopf gesenkt antwortete er nicht, aber der Wärter antwortete versinnend und mit großem Eifer, als man ihm die Frage stellte: »Sie sind nicht gefoltert worden, M. Huang. Nicht wahr?« »Nein, antwortete er auf seine eigene Frage.

Fragen war sichtlich erfolglos; so war also die letzte Frage von Frau Sun an Huang. »Haben sie den Artikel in der »Volktribüne« mit ihrer Denunziation geschrieben oder nur untergeschrieben?« Huang senkte den Kopf und antwortete nicht. Sein Kerkermeister antwortete: »Natürlich hat ihn Herr Huang geschrieben. Nicht wahr, Herr Huang?«

Das war alles. Huang erklärte nicht, daß der Artikel nicht von ihm geschrieben sei, obwohl er die Möglichkeit dazu gehabt hätte. Alle Qualen, die man einem Menschen zufügen kann, ohne ihn zu töten, hat er ohne Zweifel erlitten. Am Rande des Grabes weinete er sich, sich vor seinen Genossen zu rechtfertigen.

Das Gerücht verbreitete sich, daß seine Kerkermeister ihn getötet hatten, weil er für sie eine un-

* Führer der KP China.

nütze Last war; aber es ist unmöglich, eine Bestätigung dieses Gerichtes zu erhalten.

Seit seiner Verhaftung, war Frau Sun die einzige Person, die sich für sein Schicksal interessiert hatte und der es gelungen war, ihn zu sprechen. Sie scheint vollkommen überzeugt zu sein, daß die ihm zugeschriebene Denunziation, ihm von der Kuomintang unter dem Druck der Folterungen entrisen worden ist, als sein gequälter Körper nicht mehr Widerstand leisten konnte.

Die Blauhenden in Nordchina.

Die Blauhenden Chang Kai Cheks, deren Aktivität in großem Maßstab in Schanghai begann und denen es gelang, viele Kommunisten und des Kommunismus Verdächtigen zu verhaften, breiten sich jetzt in Nordchina aus. Eine Anzahl Kommunisten sind bereits in Pespino im Laufe der letzten zwei Monate verhaftet worden. Wie wir erfahren haben, wird jeder Kommunist in Freiheit gesetzt, der auf seine Prinzipien verzichtet und in diesem Sinn eine Deklaration unterzeichnet.

Um die Gefangenen von der Notwendigkeit der Unterzeichnung dieser Deklaration zu überzeugen, bedient man sich selbstverständlich der Folter. Diese Deklarationen werden dann in der antikommunistischen Propaganda verwendet. In der letzten Zeit wurden viele in der Presse veröffentlicht. Vergangene Woche führten die Kuomintangler eine Anzahl Renegaten in einen öffentlichen Park in Peking, wo sie zu einer großen Menge sprachen und die Prinzipien angriffen, von denen sie sich losgesagt hatten.

Die Zeitung der KP in Nordchina wird in einer Auflage von ca. 100 verbreitet, wie ich diese Woche erfahren habe.

Der vollkommen desorientierten Partei gelingt es nicht, die unmittelbaren Bedürfnisse der Massen auszudrücken, sie erfährt sich daher keiner großen Popularität.

Ein Mitglied der KP äußerte sich einem meiner Freunde gegenüber, welchen Widerwillen ihm seine Aktivität in der Partei verursache.

Lüge und Uebertreibung sind die wesentlichen Charakterzüge der kommunistischen Parteipresse. Wie auch dieser Mann ganz richtig bemerkte: »Wir lesen in der Parteipresse Dinge, von denen wir wissen, daß sie falsch sind«. Eine wahrscheinlich unfreiwillige Kritik seiner Parteipresse drückte er in folgenden Wörtern aus: »Meiner Meinung nach besteht eine gute Propaganda darin, auch die unangenehmen Tatsachen nicht zu verschweigen, sondern sie offen zu besprechen. Eine gute Sache bedarf nicht der Lüge und Uebertreibung. Im Gegenteil, diese schaden ihr nur.«

Spendet Preßfonds!

Sichert Euer Blatt!